

## **Verhältnis zur Türkei neu ordnen. Offener miteinander umgehen!**

### **Beschluss des Landesvorstands vom 21.11.2016 im Auftrag des 104. Landesparteitags am 19. November 2016**

Die Landesmitgliederversammlung beauftragt den Landesvorstand der FDP Hamburg, beim nächsten Bundesparteitag folgenden Antrag einzubringen:

Der FDP-Bundesparteitag möge beschließen:

#### **Verhältnis zur Türkei neu ordnen. Offener miteinander umgehen!**

Das Verhältnis zwischen der Türkei und der Europäischen Union (EU) hat sich seit 2015 verschlechtert. Die Differenzen haben sich insbesondere nach dem gescheiterten Militärputsch vom Juli 2016 verschärft, den die FDP klar abgelehnt. Uns besorgt, dass die Regierung unter Präsident Recep Tayyip Erdoğan den missglückten Coup zum massiven Rundumschlag gegen Oppositionelle ausgenutzt hat. Dabei sind rechtsstaatliche Prinzipien und Werte verletzt worden, für die EU und NATO stehen.

Die FDP stellt fest, dass in der Türkei die Pressefreiheit beschnitten, die Meinungsfreiheit verletzt, die Versammlungsfreiheit eingeschränkt, die Freiheit der Parlamentarier beschnitten und Massenverhaftungen durchgeführt worden sind. Das widerspricht den Prinzipien von Demokratie, Freiheit und Rechtsstaatlichkeit. Damit riskiert die Türkei, vom Kreis der EU-Beitrittskandidaten ausgeschlossen zu werden.

Die FDP fordert:

1. Die EU soll die Beitrittsgespräche mit der Türkei unterbrechen. Der Regierung in Ankara muss klargemacht werden, dass die Türkei zu rechtsstaatlichen Verhältnissen zurückkehren muss. Ein Staat vom aktuellen innenpolitischen Zuschnitt wie die Türkei kann kein Partner für EU-Beitrittsverhandlungen sein.

2. Die FDP fordert die EU und die Türkei auf, eine beiderseits angemessene und von gemeinsamen Interessen geleitete Alternativ-Agenda auszuarbeiten. Wir sehen in der Türkei weiterhin einen wichtigen strategischen und wirtschaftlichen Partner. Und genauso braucht die Türkei die EU, will sie eine westliche Perspektive haben. Die FDP möchte die Tür von Volk zu Volk offenlassen.

3. Die FDP bekräftigt, dass die in Deutschland lebenden Türken und türkisch-stämmigen Mitbürger den vollen Schutz des Grundgesetzes. Dieses bedeutet auch Pflichten. Innertürkische Kampagnen und Auseinandersetzungen müssen in der Türkei ausgetragen werden.

4. Die FDP wird Gespräche mit liberalen türkischen Kräften in und außerhalb der Türkei suchen und intensivieren. Denn wir wenden uns gegen gesellschaftliche Polarisierung und zunehmenden politischen Autoritarismus. Wir erkennen, dass die Türkei durch innere und äußere Gewalt bedroht ist. Diese Tatsache rechtfertigt jedoch aus liberaler Sicht keine Schmälerung von Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Medienfreiheit sowie bürgerlicher Freiheitsrechte.